



STELLUNGNAHME zum Antrag SPD-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	2017/0218
	Verantwortlich:	Dez. 1
Einrichtung von Notrufknöpfen an Fahrscheinautomaten		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	25.04.2017	23	x	

Kurzfassung

Die VBK sieht keine prekäre Sicherheitslage an den Haltestellen im Stadtgebiet. Zudem handelt es sich bei der Alarmierung über Notrufsäulen um eine überholte und veraltete Technologie. Notrufe können über Handys/Smartphones unentgeltlich, ohne Tasten zu entsperren stadtweit an jeder beliebigen Stelle abgesetzt werden.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt		Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen (bitte auswählen)		Kontenart:			
Kontierungsobjekt: (bitte auswählen)					
Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	Handlungsfeld: (bitte auswählen)
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	abgestimmt mit

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die zukünftige Einrichtung von Notruftasten im Stadtgebiet zu erstellen.

An den Fahrkartenautomaten an den Haltestellen im Stadtgebiet Karlsruhe ist die Nachrüstung einer Notruftaste inklusive Notrufsystem nicht möglich. Im Dezember 2015 und Januar 2016 wurden alle alten durch neue Fahrkartenautomaten der Firma ICA ersetzt. Ein nachträglicher Einbau eines Notrufsystems wurde bei der Beschaffung nicht berücksichtigt. Die Laufzeit der neuen Fahrkartenautomaten beträgt 10-15 Jahre.

Die VBK sieht keine prekäre Sicherheitslage an den Haltestellen im Stadtgebiet. Zudem vertreten sie den Standpunkt der Stadtverwaltung, dass es sich bei der Alarmierung über Notrufsäulen um eine überholte und veraltete Technologie handelt. Notrufe können über Handys/Smartphones unentgeltlich, ohne Tasten zu entsperren stadtweit an jeder beliebigen Stelle abgesetzt werden. Um das Sicherheitsempfinden unserer Fahrgäste weiter zu stärken, werden in den nächsten Jahren sukzessive in allen Schienenfahrzeugen der VBK und AVG Sprechstellen zum Fahrer an allen Einstiegsbereichen nachgerüstet. Der Fahrer kann bei einem Notruf des Fahrgastes dann beispielsweise die Polizei alarmieren.

2. Die Verwaltung erarbeitet Sicherheitskriterien anhand derer sie neuralgische Orte für die Notruftasten ermittelt.

Entfällt aufgrund der Stellungnahme zu Ziffer 1.

3. An den zukünftigen unterirdischen Haltestellen werden Fahrscheinautomaten mit integrierter Notruftaste oder Notrufsäulen eingerichtet.

Die Haltestellen sind grundsätzlich alle so ausgelegt, dass sie hohe und weite, aber eben auch übersichtliche Raumkonstruktionen darstellen. Alle Haltestellen werden mit Videoüberwachung ausgerüstet. Die entsprechenden Bilder werden in der Leitstelle der VBK auflaufen.

Zudem sieht das Lichtkonzept vor, dass die Haltestellen in Verbindung mit dem hellen Betonstein einen lichtdurchfluteten Aufenthaltsraum für die auf die Bahnen wartenden Fahrgäste anbieten. Bei der Planung der Haltestellen wurde darauf geachtet, dass die Ausleuchtung den gesamten Stationsbereich umfasst und es keine "dunklen Ecken" geben wird.

Der Stadtbahntunnel und die Haltestellen werden mobilfunktauglich sein - schon alleine deshalb, dass online über Mobiltelefone käufliche Fahrkarten auch unterirdisch erworben werden können. Das Funktionieren der Mobilfunkverbindung trägt dann natürlich auch eventuell notwendig werdenden Notrufen Rechnung.

Polizeiliche Statistiken aus Städten, die über U-Bahnen verfügen, belegen, dass die Kriminalität in unterirdischen Haltestellen weit geringer ist als an oberirdischen Haltestellen. Einerseits scheuen potenzielle Täter die Videoüberwachung und damit eine mögliche Erkennbarkeit: Fälle wie der des "Treppenschubbers" von Berlin haben eindringlich bewiesen, dass das Risiko, als Täter ermittelt zu werden, sehr hoch ist.